



Medienbruchfreie Zusammenarbeit



ANDRE WINDEMUTH
M. Eng.
Brandoberrat

BRANDSchutz-Fachredakteur
»Vorbeugender
Brandschutz«

Oranienburg

Seit vielen Jahren ist die Digitalisierung in aller Munde – und zwar flächendeckend. Man könnte sogar behaupten, im privaten und im kommerziellen Sektor ist sie weitestgehend abgeschlossen. Nahezu alle Dienstleistungen kann man bequem per App und unabhängig vom Endgerät bestellen. Die Lieferdienste haben ihre eigene Disposition und die bestellte Lieferung kommt per Echtzeittracking an jede beliebige Adresse. Auch im öffentlichen Sektor hat man sich die Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben. In den Legislaturen – gleich welcher Ebene – wurden Digitalpakete aufgelegt, Digitalisierungsbeauftragte bestellt oder das Thema gleich gänzlich »zur Chefsache« erklärt. Anhand der medialen Berichterstattung und aus den eigenen Erfahrungen bleibt jedoch festzustellen, dass die Digitalisierung im öffentlichen Bereich an vielen Stellen noch nicht mit dem kommerziellen Sektor Schritt halten kann. Auch wenn Anträge bei den zuständigen Behörden bereits digital gestellt werden können, bleibt im öffentlichen Sektor noch viel zu tun.

Der im Jahr 2018 gegründete Fachausschuss »Leitstellen und Digitalisierung« der Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland (AGBF) hatte seinerzeit ein Thesenpapier erarbeitet, das die Erfordernisse einer zukunftssicheren und bedarfsorientierten Ausrichtung und Ausstattung von Leitstellen aufzeigt. Maßgeblich für den Erfolg sind jedoch auch hier funktionierende digitale Infrastrukturen. Dass die Thesen aus dem Papier keine futuristischen Utopien waren und sie aktueller denn je sind, haben sowohl die Corona-Pandemie als auch die durch den russischen Angriffskrieg eingetretene Fluchtbewegung von Menschen aus der Ukraine gezeigt. Hierzu berichten die Vorsitzenden des Fachausschusses.

Dass die Digitalisierung im öffentlichen Sektor Einzug gehalten hat und damit vor allem auch eine adäquate Informationsaufbereitung für Entscheidungsvorlagen generiert werden kann, zeigen die Beiträge der Branddirektion München zur Nutzung von Geodaten und für ein digitales Lagebild.

Natürlich hinkt der Vergleich des öffentlichen Sektors mit der Digitalisierung im kommerziellen Bereich. Während auf der einen Seite findige Köpfe bei der Budgetverteilung darum ringen, möglichst wirtschaftlich ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen zu können, erfolgt die Deckung der Digitalisierungskosten auf der anderen Seite durch den Verkauf der Produkte. Häufig wird dabei jedoch gerade im kommerziellen Bereich gezeigt und vorgelebt, was möglich ist. Das auch dadurch geänderte Anspruchsverhalten der Bevölkerung spiegelt sich vor allem in den gestiegenen Notrufzahlen wieder – mit dem Unterschied, dass eine falsche Alarmierung im Zweifel Menschenleben kostet und nicht kostenfrei zurückgeschickt werden kann. Zu dieser Thematik berichtet die Branddirektion Frankfurt am Main in dieser Ausgabe.

Die vielen Beiträge in dieser Schwerpunktausgabe »Leitstellen und Digitalisierung« zeigen, dass es am Ende vielfach auf die mutigen und engagierten Akteure ankommt, die Dinge anzustoßen und zu probieren, Themen vorzudenken und Lösungen zu erarbeiten, die dann im Bedarfsfall unkompliziert eingesetzt werden können. Vielleicht auch gerade, weil in den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben häufig viele Kompetenzen gebündelt vorhanden sind, gelingt es diesen Organisationen gut, Krisen zu bewältigen.

Und natürlich ist auch im öffentlichen Sektor schon viel in Sachen Digitalisierung passiert, genannt seien hier beispielsweise die Notruf- und Warn-Apps. Allerdings muss auch klar sein, dass der Prozess gerade erst angestoßen ist und Diskussionen um Einsparpotenziale in der öffentlichen Sicherheit hier eher kontraproduktiv sind. Wenn es gelingt, dass Ressortdenken zu überwinden und die verschiedenen öffentlichen Akteure durch die Definition von Schnittstellen datentechnisch und medienbruchfrei zur Zusammenarbeit zu motivieren, könnte künftig sicher ein entscheidender Beitrag zur Steigerung der öffentlichen Sicherheit geleistet werden.